

# Hansestadt Rostock

## Bürgerschaft

### Niederschrift

#### Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 17.05.2017  
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr  
Sitzungsende: 18:45 Uhr  
Raum, Ort: Beratungsraum 2.50, Haus II, St.-Georg-Straße 109, 18055 Rostock

#### Sitzungsteilnehmer:

##### Anwesende Mitglieder

##### Vorsitz

Margit Glasow DIE LINKE.

##### reguläre Mitglieder

Uwe Michaelis SPD  
Torsten Sohn BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  
Christian Albrecht DIE LINKE.  
Chris Günther CDU  
Jutta Reinders DIE LINKE.  
May-Britt Krüger CDU  
Maximilian Hertrich SPD

##### Stellvertreter

Hermann Frahm Rostocker Bund/ Graue/ Vertretung für: Frau  
Aufbruch 09 Köpke, Ingrid

##### Verwaltung

Steffen Bockhahn Senator für Jugend und  
Soziales, Gesundheit, Schule  
und Sport  
Ulrike Ludwigs Amt für Jugend und Soziales  
Robert Pfeiffer Amt für Jugend, Soziales und  
Asyl  
Dr. med. Markus Schwarz Gesundheitsamt  
Ulrike Wilke Bauamt

##### Gäste

Olaf Groth Fraktion DIE LINKE.  
Seniorenbeirat  
Frau Wulff

##### Abwesende Mitglieder

##### reguläre Mitglieder

Ingrid Köpke Rostocker Bund/ Graue/ entschuldigt  
Aufbruch 09  
Martin Karsten UFR entschuldigt

#### Tagesordnung:

## Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.04.2017
- 4 Anträge
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Richtlinie der Hansestadt Rostock zur Ermittlung der Angemessenheit von Bedarfen für die Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII  
Vorlage: 2017/BV/2637
- 6 Informationsvorlagen
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Sozialer Wohnungsbau und Wohnraumförderung
- 7.2 Personalsituation im Gesundheitsamt
- 7.3 Anfragen der Ausschussmitglieder und Informationen der Verwaltungsvertreter
- 7.4 Tagesordnung für die Sitzung am 21.06.2017
- 8 Schließen der Sitzung

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

<b>TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit</b>
--

Die Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung. Frau Glasow stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind 9 Mitglieder anwesend. Den Ausschussmitgliedern ist die Tagesordnung am 09.05.2017 per Allris und Mail zugegangen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte fristgerecht durch Aushang im Rathaus und in den Ortsämtern und im Internet. Frau Glasow begrüßt die Gäste.

<b>TOP 2 Änderung der Tagesordnung</b>
--

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

**TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.04.2017**

Die Niederschrift vom 19.04.2017 wird bestätigt.

**TOP 4 Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

**TOP 5 Beschlussvorlagen****TOP 5.1 Richtlinie der Hansestadt Rostock zur Ermittlung der Angemessenheit von Bedarfen für die Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII  
Vorlage: 2017/BV/2637**

Nachfrage zum Wohnungsbestand, der KdU-fähig ist. Durch den sehr geringen Wohnungsleerstand in der Hansestadt Rostock fehlt es generell an Wohnraum, also auch an bezahlbarem. Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass am Markt Wohnraum innerhalb der Höchstwerte der KdU-Richtlinie verfügbar ist.

Der aktuelle qualifizierte Mietspiegel ist Bestandteil der Richtlinie.

In jedem Einzelfall wird die Gesamtangemessenheit geprüft. Wenn der Leistungsempfänger nachweisen kann, dass in der gesamten Hansestadt Rostock derzeit kein angemessener Wohnraum verfügbar ist, werden unangemessene Kosten auch über einen längeren Zeitraum als 6 Monate übernommen.

Nachfrage zu angemessenen Heizkosten. Der Heizkostenspiegel der Hansestadt Rostock gibt lediglich Richtwerte für angemessene Heizkosten vor, da die Mehrzahl der Wohnungsunternehmen die erforderlichen Daten nicht zur Verfügung gestellt haben.

Herr Groth hält die Ermittlung der Werte der angemessenen Gesamtmietkosten für rechtswidrig, da die Ermittlung nicht auf einem von der sozialgerichtlichen Rechtsprechung geforderten schlüssigen Konzept beruht. Nach seiner Ansicht beruht der in die Festsetzung der Gesamtmietkosten eingeflossene Teilwert „Heizkosten“ nicht auf der Grundlage eines schlüssigen Konzeptes. Auch sieht er die Festsetzung des Teilwertes „Betriebskosten“ mit dem Pauschalwert in Höhe von 1,50 Euro/qm kritisch, da auch dieser Teilwert nicht auf einem geforderten schlüssigen Konzept beruhe. Nach seiner Ansicht kann ein Gesamtwert nicht auf der Grundlage eines schlüssigen Konzeptes ermittelt sein, wenn bereits in den Gesamtwert eingeflossene Teilwerte nicht auf der Grundlage eines schlüssigen Konzeptes ermittelt worden seien.

Das Gesamtkonzept KdU-Richtlinie muss ein schlüssiges Konzept sein, entgegnet Herr Senator Bockhahn. Die Richtlinie ist rechtskonform und wurde seitens des zuständigen Sozialgerichts Rostock bislang als schlüssiges Konzept anerkannt.

Frau Günther erfragt, wie viele Klagen gegen die KdU-Richtlinie vorliegen. Dies wird im HJC und im Amt für Jugend, Soziales und Asyl erfragt und nachgeliefert.

**Beschlussvorschlag und Beschluss:**

Die Bürgerschaft beschließt die Richtlinie der Hansestadt Rostock zur Ermittlung der Angemessenheit von Bedarfen für die Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII (Anlage 1).

**Abstimmung:**

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

**Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	X
Abgelehnt	

## TOP 6 Informationsvorlagen

Informationsvorlagen liegen nicht vor.

## TOP 7 Verschiedenes

### TOP 7.1 Sozialer Wohnungsbau und Wohnraumförderung

Frau Wilke, Abteilungsleiterin Wohnungswesen und Wohnungsförderung im Bauamt, führt zum Begriff, Rechtsgrundlagen, Bestand und Entwicklung aus (Anlage).

Die Förderinstrumente des Landes sind nicht attraktiv genug und werden daher sehr wenig von den Wohnungsunternehmen genutzt.

2013 wurden 609 Wohnberechtigungsscheine (WBS) ausgestellt, 2016 waren es 129.

Ca. 15.000 Personen sind potentielle WBS-Berechtigte (KdU-Empfänger und Wohngeldempfänger).

Bedauert wird, dass Herr Senator Matthäus heute nicht an der Sitzung teilnehmen konnte.

#### Abstimmung:

#### Abstimmungsergebnis:

Dafür:	
Dagegen:	
Enthaltungen:	

Angenommen	
Abgelehnt	

### TOP 7.2 Personalsituation im Gesundheitsamt

Herr Dr. Schwarz informiert zum aktuellen Stellenbesetzungsstand.

Das Gesundheitsamt hat ca. 65 Mitarbeiter, davon ca. 15 Ärzte. Seit August 2016 bis jetzt haben 5 Ärzte aufgehört.

Seit 01.04.2017 konnte ein Kollege für den sozialpsychiatrischen Dienst angeworben werden.

Es liefen deutschlandweit verschiedene Ausschreibungen, auf die es keine Resonanz gab.

Ein großes Hemmnis ist die Entgeltstruktur. Außertarifliche Maßnahmen müssen gefunden werden, um Stellen zu besetzen, damit gesetzliche Aufgaben wahrgenommen werden können.

### TOP 7.3 Anfragen der Ausschussmitglieder und Informationen der Verwaltungsvertreter

1. Es wird um die Benennung von 3 Ausschussmitgliedern für das Gremium zur Vergabe des Sozialpreises gebeten. Es melden sich

Herr Sohn,

Herr Michaelis und

Frau Reinders

und als Ersatz Frau Glasow, die von den Ausschussmitgliedern bestätigt werden.

2. Herr Dr. Schwarz sensibilisiert für das Thema Besuchskommission, das im September auf der Tagesordnung des Ausschusses steht.

Er bittet - parallel zu den Informationen von Frau Dr. Wrociszewski in der September-Sitzung - selbst Recherchen zu den Zuständen in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie und in der Notaufnahme (unhaltbare Bettensituation) anzustellen.

#### **TOP 7.4 Tagesordnung für die Sitzung am 21.06.2017**

- Anfragen und Informationen
- Tagesordnung für die Sitzung am 16.08.2016

#### **TOP 8 Schließen der Sitzung**

Die Sitzung wird um 18.45 Uhr geschlossen.

---

Barbara Schaar